

Die Linke/Liste Solidarität

Rüsselsheim 01.02.2016

An den

Ver.di-Vertrauensleutevorstand der Stadt Rüsselsheim

Michaela Stasche,

Personalratsbüro,

Mainzer Str. 9 1/10,

65428 Rüsselsheim am Main

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir freuen uns sehr, dass ihr die Politikansätze der kandidierenden Parteien und Listen für die Kommunalwahl 2016 abfragt und bewertet. Wir hoffen, dass sich dies auch in Wählerverhalten umsetzt.

In einigen Fragen wird ein gemeinsames Einsetzen für ein Anliegen angesprochen in anderen Fragen wird nur nachgefragt ob wir uns für ein Anliegen einsetzen. Bisher waren wir nur mit drei Personen in der Stadtverordnetenversammlung (45 Stadtverordnete) vertreten, trotzdem haben wir nicht wenig erreicht.

Die Linke/Liste Solidarität

bringt die Anliegen der Menschen ins Parlament und unterstützt ihre außerparlamentarischen Aktivitäten.

Die wichtigsten, in Zusammenarbeit mit anderen erreichten Erfolge:

- *Das denkmalgeschützte Opel-Altwerk konnte vor der Zerstörung gerettet werden.*
- *Die Großsporthalle wird saniert statt abgerissen.*
- *Das Hallenbad konnte nicht ersatzlos beseitigt werden.*
- *Die Gerhart-Hauptmann-Schule bleibt erhalten.*
- *Die kommunale Jugendarbeit in Königstädten wird wiederbelebt.*
- *Die Bäume auf dem Marktplatz bleiben auch stehen.*
- *Die Kita –Gebühren werden nicht erhöht.*
- *Es gibt mehr Geld für Radwege.*

Wir gehen davon aus, dass wir auch in Zukunft nur gemeinsam Erfolge erzielen können.

Zusätzlich zu unseren Antworten werden wir euch unser „Programm zur Kommunalwahl 2016“ zur Verfügung stellen. Weitere Informationen sind auf unserer Internetseite www.liste-solidaritaet.de zu finden.

Mit freundlichen Grüßen

Die Linke/Liste Solidarität

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 06.03.2016

1. Werden Sie sich gemeinsam mit uns auf der Basis der ver.di-Vorschläge für eine Verbesserung der Gemeindefinanzierung einsetzen (z.B. Millionärsabgabe, dauerhafte Vermögensteuer, höhere Steuer auf große Erbschaften, höhere Steuern auf Kapitalerträge und hohe Einkommen, Finanztransaktionssteuer, besserer Steuervollzug, mehr Steuern von finanzstarken Unternehmen, Erhöhung der Zuweisung des Landes)?

Antwort: Ja. Auszug aus unserem „Programm zur Kommunalwahl 2016“ Seite 7 ff „...Die kommunale Finanznot ist im Wesentlichen das Ergebnis einer gezielten politischen Strategie, über die Verknappung der Gemeindehaushalte Privatisierung zu forcieren und den Sozialstaat zu Fall zu bringen.Dies zeigt, dass die Forderung der Linken/Liste Solidarität, durch eine Gemeindefinanzreform die Gemeinden dauerhaft mit einer auskömmlichen Finanzierung für ihre wichtigen und bürgernahen Aufgaben zu versehen, weiterhin auf dem Tisch bleiben muss.“

2. Werden Sie sich gemeinsam mit uns für die Abschaffung der sogenannten Schuldenbremse (= Wachstumsbremse und Angriff auf unseren Sozialstaat) in Hessen einsetzen?

Antwort: Ja siehe oben.

Bereits 2011 haben wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften für die Kampagne gegen die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung eingesetzt.

In den durch den „Kommunalen Schutzschirm“ erzwungenen Kürzungen und Gebührenerhöhungen sehen wir die Übertragung der Zwänge der Schuldenbremse auf die kommunale Ebene.

Deshalb schreiben wir in unserem „Programm zur Kommunalwahl 2016“ Seite 23: „Seit 2013 gibt es nun den „Schutzschirmvertrag“ der Stadt Rüsselsheim mit dem Land Hessen. Damit soll Rüsselsheim wie andere hessische Kommunen auch genötigt werden, wichtige Einrichtungen wie Schulen, Theater, Musikschulen und Schwimmbäder zu schließen, bei der Kinder-, Jugend-, Sozial- und Seniorenarbeit und bei den Arbeits- und Ausbildungsplätzen massiv zu kürzen und gleichzeitig die Grundsteuer und andere Steuern, Kita- und Friedhofsgebühren und Eintrittspreise für öffentliche Einrichtungen drastisch zu erhöhen. Kommunale Handlungsfähigkeit und Selbstverwaltung werden auf Jahre weitestgehend eingeschränkt. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich gegen die „Schutzschirm“-Nötigung für Entschuldung der Kommunen und für eine echte kommunale Selbstverwaltung und ein selbstbewusstes Rüsselsheim ein.“

Unsere ausführliche Position könnt ihr auch unserer Presseerklärung vom 23.01.2013: Linke/Liste Solidarität für Entschuldung und Selbstverwaltung -gegen "Schutzschirm"-Nötigung entnehmen. Hier und in unseren Haushaltsanträgen der letzten Jahre wird deutlich, dass dies keine „Wahlkampfversprechen“ sondern wesentlicher Teil unseres Handelns in Parlament und Öffentlichkeit sind.

3. Sind Sie bereit, sich für eine Erhaltung der direkten politischen Kontrolle durch die Stadtverordnetenversammlung über die Erbringung der Dienstleistungen für Rüsselsheimer EinwohnerInnen einzusetzen (z.B. Erhalt des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe)?

Antwort: Ja. Hierzu lohnt es sich das Kapitel die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens zu lesen (Seite 4 bis 6). Die Linke/Liste Solidarität tritt für einen Erhalt und Ausbau der Öffentlichen Dienste ein und sieht in ihm ein Vorbild für die „freie“ Wirtschaft. Wir treten mit Nachdruck für den Erhalt und Ausbau öffentlicher Einrichtungen und gegen Privatisierungen ein. Der Erhalt des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe

wurde von uns mit Anträgen in der Stadtverordnetenversammlung gefordert. Das Bürgerbegehren zum Erhalt wurde von uns aktiv unterstützt.

4. Werden Sie sich gegen weitere Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen und für eine Rekommunalisierung einsetzen?

Antwort: Ja. Wie oben schon erwähnt setzen wir uns für den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen, den Ausbau und für Rekommunalisierung (Seite 6) ein. Als Beispiel führen wir hier unser Engagement zur Verhinderung der Teilprivatisierung der Stadtwerke 2005 an. Auch die inzwischen teilweise realisierte Übernahme von U3-Betreuung in städtische Trägerschaft wurde von uns immer wieder gefordert.

5. Werden Sie mit uns gemeinsam gegen den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen bei der Stadt Rüsselsheim kämpfen?

Antwort: Im Prinzip ja. Allerdings sehen wir auch eine Aufblähung der Personalkosten und damit des Personalbestandes z. B. im Umfeld des Oberbürgermeisters (Auszug aus der Presseerklärung vom 29.11.2015: Oben sparen, Kinder, Jugend, Soziales und Bildung stärken, Opel-Altwerk-Quartier entwickeln - Haushaltsanträge von Die Linke/Liste Solidarität Gelder einsparen bei externer Beratung und Gutachten, weniger Aufwendungen für Marketing und Magistrat, Stärkung der Jugendarbeit, der sozialen Dienste und des Bildungsbereichs, auch durch finanzielle und personelle Verlagerungen aus der unmittelbaren Umgebung des Oberbürgermeisters in diese für die Bevölkerung so wichtigen Bereiche, das sind Hauptpunkte der dreizehn Haushaltsanträge der Linken/Liste Solidarität...). Unsere Haushaltsanträge zielten hier nicht auf einen Personalabbau sondern auf eine Verlagerung der Personalkosten in die genannten Bereiche. Im Übrigen verweisen wir auf unser Anliegen des Ausbaus der Öffentlichen Dienste und auf unsere Bemühungen zur Schaffung einer besseren Personalausstattung in vielen Bereichen wie den KITAS, der Jugendpflege, des ASD sowie auf unsere Bemühungen um den Erhalt von Stellen wie z.B. der Stelle des KITA-Psychologen.

6. Werden Sie dafür eintreten, dass es weiterhin keine betriebsbedingten Kündigungen bei der Stadt Rüsselsheim gibt?

Antwort: Ja

7. Werden Sie dafür eintreten, dass auch befristet Beschäftigte nach Ablauf ihrer Arbeitsverträge nicht arbeitslos werden?

Antwort: Ja

8. Sind Sie bereit, sich für die Beschäftigung und den Schutz älterer Beschäftigter einzusetzen?

Antwort: Ja

Die Beschäftigten aus den folgenden Bereichen der Stadt Rüsselsheim stellen Ihnen Fragen bzw. Forderungen zu der Zukunft ihrer Arbeitsplätze und der Zukunft der Dienstleistungen, die sie erbringen:

- Wahlprüfstein Ausbildung und Übernahme
 - Wahlprüfstein Städtische Betriebshöfe
 - Wahlprüfstein Kindertagesstätten
 - Wahlprüfstein Eigenbetrieb Kultur 123
 - Wahlprüfstein Amt für Brandschutz
 - Wahlprüfstein der Betreuungsschule
 - Wahlprüfstein Fachbereich Jugend und Soziales
-

Wahlprüfstein Ausbildung und Übernahme

Die Stadt Rüsselsheim am Main muss als öffentlicher Dienst weiterhin eine wichtige Rolle in der Ausbildung wahrnehmen.

Die Erhaltung, Schaffung und Besetzung qualifizierter Ausbildungs- und Praktikumsplätze sowie die Übernahme nach der Ausbildung kann und muss ein deutliches, politisches Zeichen gegen die Jugendarbeitslosigkeit sein.

- Wie wichtig ist Ihnen die Ausbildung? Was bedeutet es für Sie Ausbildungsbetrieb zu sein?
- Stehen Sie dafür, dass alle Ausbildungsplätze in der Stadtverwaltung, bei den Städtischen Betriebshöfen und im Eigenbetrieb Kultur 123 erhalten bleiben und ausgebaut werden?
- Setzen Sie sich für eine unbefristete Übernahme bei der Stadt Rüsselsheim ein?

Antwort: Ja. In unserem „Programm zur Kommunalwahl 2016“ (Seite 6) formulieren wir :

„ Städtische Aufträge dürfen nur an Firmen vergeben werden, die sich an Tarifverträge halten, Frauen fördern, Ausbildungsplätze schaffen und auch Behinderte beschäftigen.

Die Zahl der städtischen Ausbildungsplätze ist zu erhalten und auszubauen!

Allen Auszubildenden ist eine unbefristete Übernahme anzubieten.“

Wahlprüfstein Städtische Betriebshöfe

- Werden Sie sich dafür einsetzen, die Städtischen Betriebshöfen mit ihrem derzeitigen Dienstleistungsangebot als Eigenbetrieb der Stadt Rüsselsheim zu erhalten?

Antwort: Ja. Siehe unsere Ausführungen oben.

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die derzeitigen 200 Arbeits-, sowie 11 Ausbildungsplätze erhalten bleiben?

Antwort: Ja. Siehe unsere Ausführungen oben.

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Müllentsorgung weiterhin in kommunaler Hand bleibt und damit die Müllgebühren weiterhin kreisweit mit am niedrigsten bleiben?

Antwort: Ja. Siehe unsere Ausführungen oben.

Wahlprüfstein Kindertagesstätten

Die Tarifauseinandersetzung um die Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst ist zwar beendet; das Ziel einer Aufwertung allerdings noch nicht erreicht. Die Aufwertungskampagne wird von daher fortgeführt.

Sind Sie bereit, sich gemeinsam mit uns für die Aufwertung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst einzusetzen?

Antwort: Ja. Wir haben uns unter anderem mit zwei Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit gerichtet, Presseerklärung vom 13.05.2015: Linke/Liste Solidarität bekräftigt die Solidarität mit den streikenden Beschäftigten in Sozial- und Erziehungsdiensten, Presseerklärung vom 07.04.2015: Linke/Liste Solidarität solidarisch mit Beschäftigten in Sozial- und Erziehungsdiensten.

Wir haben im Mai 2015 eine Resolution zur Solidarität mit den Streikenden im Sozial- und Erziehungsdienst für die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Die Fraktionen von CDU und Grünen verhinderten, dass dieser Antrag überhaupt auf die Tagesordnung genommen wurde.

Im Hinblick auf verbesserte Zugangschancen und höhere Teilhabequoten bietet sich eine generelle Beitragsfreiheit für den Besuch der Kindertagesstätten an.

Sind Sie bereit, sich gemeinsam mit uns für eine generelle Beitragsfreiheit einzusetzen?

**Für ein soziales
Rüsselsheim**

Gesucht

Kostenlose
Kita
mit
zufriedenen
ErzieherInnen
für Alle

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

Liste 6

www.liste-solidaritaet.de

Antwort: Ja. Dies wird ein Teil unseres Wahlkampfes sein.

In unserem „Programm zur Kommunalwahl 2016“ (Seite 9) ist folgendes zu finden.

„Kindertagesstätten

Die Qualitätsstandards der Rüsselsheimer Kindertagesstätten und Horte müssen erhalten und Ausgebaut werden. Die Kitagebühren müssen weiter gesenkt werden, damit es vor allem für kinderreiche Familien und Alleinerziehende keine Belastung ist, ihre Kinder in die Kita zu schicken. Das Ziel ist der für alle Kinder kostenfreie Besuch von Kinderkrippe, Kindertagesstätte, Hort und Betreuungsschule. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich für einen beschleunigten Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder bis drei Jahre ein.“

Die Bertelsmann Stiftung geht in ihrem „Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2015“ davon aus, dass pädagogisch Tätige 25 % ihrer Arbeitszeit für mittelbare pädagogische Tätigkeiten und für Ausfallzeiten aufwenden.

Sind Sie bereit, sich gemeinsam mit uns für eine verbesserte Personalbemessung einzusetzen, die entsprechende mittelbare Tätigkeiten und Ausfallzeiten berücksichtigt?

Antwort: Ja, aber... Wir werden uns nicht auf die Bertelsmann Stiftung beziehen. Letztendlich ist und bleibt es das Ziel der Bertelsmann Stiftung den gesamten öffentlichen Dienst unter Gewinngesichtspunkten zu privatisieren. Wir haben uns 2009 gegen das Sparkonzept der Bertelsmann-Berater die der Magistrat der Stadt Rüsselsheim engagiert hat erfolgreich gewehrt—gemeinsam mit ver.di. Wir erinnern an die ver.di PUBLIK, Ausgabe 10.2009:

[Berater-Wirtschaft in „Bertelsheim“](#)

[Wie die Stadt Rüsselsheim ihren Haushalt mithilfe der Bertelsmann-Stiftung wieder nicht sanieren wird](#)

[Werner Rügemer in der Gewerkschaftszeitung ver.di PUBLIK](#)

Nachzulesen auf der Interseite: www.liste-solidaritaet.de unter der Rubrik Archiv

Wir setzen uns seit Jahren für eine Verbesserung der Personalausstattung in den Kindertagesstätten ein.

Der Einsatz für die Verbesserungen in den Kitas ist seit der Gründung der Linken/Liste Solidarität ein wiederkehrender Schwerpunkt unserer Arbeit wie z.B. mit unserer Aktion 2011: [Situation des Kitapersonals verbessern!](#)

In einem Schreiben an das Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit, das Kita-Personal Rüsselsheim und die Kita-Elternvertreterinnen und Vertreter (zur Kenntnis an die Presse) berichtet Heinz-Jürgen Krug für Die Linke/Liste Solidarität über unsere Aktivitäten zur Herbeiführung einer Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung .

Derzeit befinden sich weltweit knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht – die Bundesregierung geht davon aus, dass in Deutschland die Flüchtlingszahlen in 2015 auf über 800.000 Flüchtlinge steigen. Darunter befinden sich viele Kinder. Um für diese Kinder eine gute Integration zu schaffen, ist eine frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten unerlässlich.

Sind Sie bereit sich dafür einzusetzen, dass die Beschäftigten in den Kindertagesstätten eine spezielle Fortbildung erhalten, um auf die besonderen Bedürfnisse von Flüchtlingskindern eingehen zu können?

Sind Sie bereit sich dafür einzusetzen, dass aufgrund dieser besonderen Gegebenheiten die Personalstunden in den Kindertagesstätten aufzustocken?

Antwort: Ja.

Wahlprüfstein Eigenbetrieb Kultur 123

- Werden Sie sich für sozialverträgliche Eintrittspreise und Gebühren im Theater, Musikschule, Bücherei und Volkshochschule einsetzen?

Antwort Ja. Die Linke /Liste Solidarität setzt sich für einen Rüsselsheimer Sozialpass ein, der folgende Leistungen umfassen soll : Ermäßigte Teilnahme am ÖPNV, freier Eintritt in Museen und Theater, freie Benutzung der Stadtbücherei, ermäßigte Teilnahme an Musikschulangeboten, ermäßigte VHS-Gebühren, freier Eintritt bei Bädern, ermäßigter Eintritt bei Kulturveranstaltungen, ermäßigtes Essensgeld in Kitas und Schulen (solange die allgemeine Kostenfreiheit nicht erreicht ist)

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Vereine, Initiativen und Schulen auch weiterhin kostengünstig das Theater nutzen können?

Antwort: Ja Die Rüsselsheimer Vereine sind ein wichtiger Partner städtischer Kulturpolitik bei der Verwirklichung vielfältiger und stadtteilnaher kultureller Aktivitäten. Sie tragen dazu bei, dass Rüsselsheim eine lebendige Stadt ist. Ihr eigenständiges Engagement wird von uns unterstützt. Die städtische Förderung für die Vereine darf nicht gekürzt werden. Die Auftritts- und Übungsräume, wie z.B. die Mehrzweckhalle der Gerhart-Hauptmann-Schule, müssen erhalten bleiben.

- Werden Sie sich für den Erhalt und den Ausbau aller kulturellen Einrichtungen einsetzen, so wie sie im „Kulturprofil“ beschrieben sind?

Antwort: Ja.

- Die amtierende Stadtverordnetenversammlung hat mit einem Beschluss dafür gesorgt, dass an der Musikschule Rüsselsheim praktisch keine Musiklehrkräfte mehr fest angestellt werden können. Werden sie sich im Interesse der qualifizierten musikalischen Bildung von Kindern und Jugendlichen sowie zur Vermeidung von prekären Lebens- und Einkommensverhältnissen der Lehrkräfte dafür einsetzen, dieses rückgängig zu machen?

Antwort: Ja

- Die Personalentwicklung der letzten Jahre führten bei der Stadtbücherei zu Engpässen an Fachpersonal. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass die Stadtbücherei auch künftig angemessen und bedarfsgerecht mit Fachpersonal ausgestattet wird, damit sie ihre Aufgabe als Bildungs- und Informationseinrichtung für die BürgerInnen gerecht werden kann?

Antwort : Wir können lediglich unsere Position zu dieser Frage mitteilen, unsere Handlungsmöglichkeiten hängen wesentlich von der Zusammensetzung und den Mehrheitsverhältnissen im Stadtparlament ab. Unsere Position hierzu aus unserem „Programm zur Kommunalwahl 2016“ lautet: „Die Stadtbücherei ist in Rüsselsheim eine wichtige Einrichtung für die Bildung der hier lebenden Menschen. Darüber hinaus haben sich Stadtbücherei und die Stadtteilbüchereien zu wichtigen kulturellen Treffpunkten entwickelt. Dem Lesen und der Leseförderung kommt heute eine besondere Bedeutung nicht zuletzt für die Realisierung gleicher Bildungschancen zu. Deshalb kritisiert die Linke/Liste Solidarität den in den vergangenen Jahren betriebenen Personalabbau im Bereich der Stadtbücherei ebenso wie die hier vorgenommenen Mittelkürzungen. Die Leistungen der Rüsselsheimer Büchereien müssen wieder unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, die Büchereiangebote in den Stadtteilen erhalten werden.“

- Politik, Bürgerinnen und Bürger haben, auch durch Zuwanderung bedingt, in berechtigter Weise stetig steigende Anforderungen an das Angebot an Bildung, vor allem an integrativer Bildung und Kultur. Dies ist mit der derzeitigen Personalstruktur nicht mehr zu bewältigen. Werden sie sich dafür einsetzen, dass dieser Bedarf an Personal durch unbefristete, also nicht prekäre, Beschäftigungsverhältnisse gedeckt wird?

Antwort: Ja

Wahlprüfstein Amt für Brandschutz

- Seit Jahren leisten die Schichtmitarbeiter des Amtes für Brandschutz Mehrarbeitsstunden, um die erforderliche vorgegebene Schichtstärke zu halten. Sind sie bereit sich dafür einzusetzen, dass pro Wachabteilung eine zusätzliche Stelle geschaffen wird, um endlich die Mehrarbeitsstunden zu verringern?

Antwort: Ja

- Die Besoldung der Schichtmitarbeiter entspricht nicht den gestellten Anforderungen. Andere Kommunen reagieren und vergüten die Leistung entsprechend höher. Dadurch wird die Personalgewinnung in Rüsselsheim schwieriger. Sind sie bereit sich dafür einzusetzen, dass die Besoldung der Schichtmitarbeiter generell auf A 8 angehoben wird?

Antwort: Die Unterbesetzung ist uns bekannt, ebenso die hohe Fluktuation und die Überstundenproblematik. Trotzdem liegen uns zu diesem Problem ausreichend Informationen vor. Wir sind aber gerne zu einem Gespräch mit euch bereit um in diesem Punkt Handlungsfähig zu werden.

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Dienstplan in den Wachabteilungen nach dem „Mainzer Modell 24/48“ gefahren wird, um die Arbeit attraktiver zu gestalten und damit die Mitarbeiter zu halten?

Antwort: siehe oben

Wahlprüfstein Betreuungsschulen

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsschulen in Trägerschaft der Stadt Rüsselsheim bleiben?
- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsschulen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicher stellen und für mehr Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe sorgen?
- Werden Sie sich dafür einsetzen, gemeinsame Konzepte der Zusammenarbeit von Grundschulen und Betreuungsschulen zu favorisieren und weiterhin die Trägerschaft wahrnehmen zum Wohl der Kinder und der Familien in Rüsselsheim?

Antwort: Die Entwicklung der Rüsselsheimer Betreuungsschulen in den vergangenen Jahren ist ein Trauerspiel. Fortwährender Personalabbau und vermehrter Einsatz von Honorarkräften haben hier zu gravierenden Qualitätsverschlechterungen geführt. Die Verzahnung der Betreuungsschularbeit mit dem Unterricht der Grundschule und verlässliche Bezugspersonen für die Kinder in der Betreuung sind unverzichtbar! Die Linke/ Liste Solidarität wendet sich entschieden dagegen, dass die Rüsselsheimer Betreuungsschulen zu Billigaufbewahrungsanstalten verkommen. Schulische Betreuungsangebote müssen die gleichen Standards erfüllen wie die Horte. Schulkinderhäuser sind nur dann sinnvoll, wenn die Qualitätsstandards des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) eingehalten werden.

Wahlprüfstein Fachbereich Jugend und Soziales

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes sind mit einer Vielzahl von Aufgaben und Fallbearbeitungen sehr belastet. Dieses Jahr sind neue Aufgaben in der Flüchtlingshilfe dazu gekommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen dringend personelle Unterstützung durch Neueinstellungen.

Setzen Sie sich für die Schaffung von mindestens drei neuen unbefristeten Stellen (EG S 14) für Sozialarbeiterinnen und –arbeiter ein?

Antwort: Ja

In der Jugendförderung sieht es ähnlich aus. Auch hier gibt es eine Arbeitsverdichtung, die vom bisherigen Personal nicht mehr zu stemmen ist. Jetzt werden vier Sozialarbeiter jeweils zur Hälfte ihrer Arbeitszeit ebenfalls zu Aufgaben in der Flüchtlingshilfe heran gezogen. Auch hier müssen neue Stellen speziell für die Flüchtlingshilfe geschaffen werden, damit die Jugendförderung wieder ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen kann.

Setzen Sie sich für die Schaffung neuer unbefristeter Stellen im Bereich der Jugendförderung ein?

Antwort: Ja. Die Position aus unserem Wahlprogramm ist: „Jenseits dieser grundsätzlichen Erwägungen kommt gerade in einer kulturell vielfältigen Stadt der kommunalen Jugendpflege und dem Jugendbildungswerk eine herausragende und unverzichtbare Bedeutung zu. Die Linke/Liste Solidarität fordert daher einen den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechenden personellen und räumlichen Ausbau der Jugendpflege in kommunaler Trägerschaft. Hierbei sind insbesondere bisher benachteiligte Stadtteile, Haßloch Nord, Bauschheim, Königstädten und Böllensee zu berücksichtigen. Die Mittelkürzungen der vergangenen Jahre müssen rückgängig gemacht werden.

Die Integration der vielen Flüchtlinge, die in unserem Land bleiben werden, dauert Jahre. Deshalb müssen die Stellen auf Dauer gesichert sein und unbefristet besetzt werden. Diese große Aufgabe, die die Bundesrepublik auf sich nimmt, kann nicht wie bisher zu großen Teilen durch ehrenamtliches und bürgerliches Engagement geleistet werden. Hierzu bedarf es einer beruflichen Fachlichkeit und Absicherung der Nachhaltigkeit der Aufgaben, um die Menschen, die durch Krieg und Armut zur Flucht gezwungen wurden, dauerhaft in unsere Gesellschaft zu integrieren.